

Karl Reitter

## Fragen und Antworten zum bedingungslosen garantierten Grundeinkommen (BGE)

*Was ist das BGE eigentlich, wie unterscheidet es sich etwa von der Mindestsicherung?*

Das BGE soll monatlich individuell, personenbezogen und bedingungslos in einer Höhe ausbezahlt werden, so dass ein Leben in Würde und ohne Existenzängste möglich ist. Einkommen, Besitz, Geschlecht oder Staatsbürgerschaft dürfen keine Rolle spielen. Bloß für Kinder ist eine geringere Höhe angedacht. Die Mindestsicherung (oder Hartz IV in Deutschland) ist exakt das Gegenteil davon, es ist an eine ganze Reihe von Voraussetzungen gebunden, insbesondere an die Bereitschaft, jederzeit jede Art von Lohnarbeit auch zu den miesesten Bedingungen aufzunehmen.

*An welcher Höhe ist nun konkret gedacht? Was wäre eine Summe, die ein Leben in Würde ermöglicht?*

Vorweg: Aktuell geht es erstmals darum, diese Idee allgemein bekannt zu machen und zu begründen. Die Frage der Höhe wird dann relevant, wenn es um konkrete Schritte zur Einführung geht. In der BefürworterInnenszene wird zumeist von zwei Drittel des Medianeinkommens ausgegangen. Dieses mittlere Einkommen betrug 2013 für Männer 2.081,- für Frauen hingegen nur 1.471,- Euro monatlich.<sup>1</sup> Zwei Drittel des Mittels dieser Summen (1.776,-) ergäbe ein BGE von 1.183,- Euro im Monat.

*Warum soll das BGE auch an Reiche und Millionäre ausbezahlt werden, die benötigen dieses Geld ja gar nicht?*

Richtig, aber beim BGE geht es keinesfalls in erster Linie um Armutsvermeidung. Im Grund geht es darum alle, aber wirklich alle vom Zwang zur Lohn- und Erwerbsarbeit zu befreien. Sobald bestimmte Kriterien eingeführt werden, etwa das Kriterium der Bedürftigkeit, sind wir schnurstracks bei einer Variante der Mindestsicherung angelangt. Zudem bietet die Bedingungslosigkeit auch argumentativ einen großen Vorteil: Da es alle bekommen sollen, fällt das Argument, die „Nichtsteuer“ bekommen es und ich als arbeitender Mensch muss es bezahlen, weg.

*Wer bezahlt es dann wirklich?*

Das BGE ist nur durch eine umfassende Steuerreform zu finanzieren. Eine Steuerreform, die gegen die aktuellen Maßnahmen neoliberaler Politik gerichtet ist. In fast allen europäischen Staaten wurden Massensteuern erhöht, Einkommens- und Besitzsteuern hingegen gesenkt. Die Mehrwertsteuer, die alle unabhängig vom Einkommen zu bezahlen haben, wurde im EU-Europa von durchschnittlich 19,2% im Jahre 2000 auf 20,2% im Jahre 2010 erhöht. Die durchschnittlichen Spitzensteuersätze auf Einkommen wurden hingegen im selben Zeitraum von 44,7% auf 37,5%, der Spitzensteuersatz für Körperschaften (das ist die Einkommenssteuer für Kapitalgesellschaften wie AGs, Ges.m.b.H.s, usw.) im europäischen Durchschnitt von 31,9% auf 23,2% gesenkt.<sup>2</sup> Noch krasser stellt sich die Sachlage dar, wenn wir nach dem Anteil der Körperschaftssteuern am Bundesbudget fragen. 2013 betrug dieser Anteil am österreichischen Bundesbudget gerade 7,8%. Die Vermögenssteuern sind mit 0,06% praktisch bedeutungslos.<sup>3</sup> De facto ist ein BGE nur durch eine radikale Umverteilung von oben nach unten zu finanzieren.

*Das BGE ist also keineswegs unfinanzierbar?*

Hinter dem Einwand, das BGE sei unfinanzierbar, verbirgt sich in Wahrheit ein ganz anderes Argument. Unsere Gesellschaften sind reich genug, um allen ein Leben in Würde zu ermöglichen, und zwar weltweit. Dies wird von den allermeisten KritikerInnen auch gar nicht bestritten. Sie

<sup>1</sup> Quelle: [http://www.statistik.at/web\\_de/statistiken/menschen\\_und\\_gesellschaft/soziales/personen-einkommen/nettomonatseinkommen/index.html](http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/soziales/personen-einkommen/nettomonatseinkommen/index.html)

<sup>2</sup> Quelle: [http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY\\_PUBLIC/2-28062010-BP/DE/2-28062010-BP-DE.PDF](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/2-28062010-BP/DE/2-28062010-BP-DE.PDF)

<sup>3</sup> Quelle: <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/steuerreform-steuerstruktur-oesterreich/>

meinen zumeist etwas ganz anders, nämlich: Die Umverteilung sei politisch nicht durchzusetzen oder auch, sie sei nicht legitim. Das sind völlig andere Argumente als die Behauptung, es sei objektiv nicht zu finanzieren.

*Kann die Forderung nach dem BGE nicht benützt werden, um den Sozialstaat massiv einzuschränken? Sonach dem Motto: alle bekommen sagen wir 600 Euro im Monat, dafür werden alle weiteren Zuwendungen für Gesundheit, Pflege, Kinder, Bildung und Kultur ersatzlos gestrichen?*

Nun gut, nehmen wir einmal 600,- Euro im Monat an, obwohl es den Kriterien des BGE nicht entspricht, da es zu niedrig angesetzt ist. Die Finanzierung würde eine jährliche Transfersumme von 57.600 Millionen Euro erfordern, das wären in etwa 75% des aktuellen Bundesbudgets oder 17,5% des österreichischen Bruttoinlandsprodukts!<sup>4</sup> Es genügt die erforderlichen 57.600 Millionen Euro mit den aktuellen Ausgaben für die bedarfsorientierte Mindestsicherung zu vergleichen, diese betragen im Jahre 2013 599,6 Millionen Euro<sup>5</sup>. Das „neoliberale“ Grundeinkommens von 600,- Euro im Monat würde also fast das Hundertfache (!) der jetzigen Mindestsicherung kosten. Selbst wenn viele Sozialausgaben schlichtweg gestrichen würden, eine Abschaffung des Sozialstaates sieht doch ein wenig anders aus. Zudem: Die von den neoliberalen Kräften angestrebte Entwicklung zielt exakt in die gegenteilige Richtung: Rente erst mit 70 Jahren wird gefordert, die NEOS plädieren für die Rückzahlung der Stipendien nach Abschluss des Studiums. Europaweit sollen vor allem die Bedingungen für Sozialtransfers immer mehr verschärft werden. Von Bedingungslosigkeit ist da nirgendwo die Rede, im Gegenteil.

*Wenn wir das BGE öffentlich fordern, werden wir sofort mit den Einwand konfrontiert, wer würde dann noch arbeiten gehen? Was sollen wir dazu sagen?*

Zweifellos würde all jene, die einen schlecht bezahlten, miesen Job haben, diesen sofort aufgeben. Das ist gut so und wird durch das BGE auch angestrebt. Soll diese Arbeit weiterhin ausgeübt werden, muss sie eben besser bezahlt und/oder angenehmer gestaltet werden. Zugleich ermöglicht das BGE auch die Aufnahme von marktorientierter ökonomischer Tätigkeit ohne Existenzängste, insbesondere im Bereich der neuen Scheinselbständigen, die ja in Wirklichkeit moderne StücklohnarbeiterInnen sind. Insofern ermöglicht die Forderung nach dem BGE breite Bündnisse: Egal ob Studierende, Erwerbsarbeitslose die unter den Schikanen des AMS leiden, traditionell Lohnarbeitende, Personen, die in neuen, prekären Arbeitsverhältnissen tätig sind oder auch KünstlerInnen und Kulturschaffende; sie alle haben ein gemeinsames Interesse am BGE. Eine Gemeinsamkeit, wie es etwa der Mindestlohn (um ihn zubekommen, benötige ich einen Job) oder die Arbeitszeitverkürzung nicht ausdrücken kann.

Zudem müssen wir die Gegenfrage stellen: Wer arbeitet eigentlich jetzt? Alle Untersuchungen zeigen, dass die Mehrzahl der Arbeitsstunden unentgeltlich im Haus- und Pflegebereich insbesondere von Frauen geleistet werden. Dazu kommt die Tätigkeit bei Vereinen, Gruppen, Institutionen und Initiativen. Ohne diese unbezahlte Arbeit würde es vieles nicht geben und vieles nicht funktionieren. Und diese Arbeit kann schwerlich weder vollständig über den Markt noch von staatlichen Einrichtungen organisiert werden. Würde diese Arbeit bei Einführung des BGE aufgegeben werden? Dafür spricht doch kaum etwas, eher können wir mit Ausweitung rechnen.

*Wie ist es mit diesem Einwand: Soll Arbeit nicht zum „ersten Lebensbedürfnis“ (Marx) des Menschen werden? Setzt das BGE nicht bloß am Konsum an?*

Nein, im Gegenteil. Das BGE ist keinesfalls arbeitsfeindlich. Nicht zufällig lautete das Motto des ersten deutschsprachigen Grundeinkommenskongress 2005 in Wien „In Freiheit tätig sein“. Das

---

<sup>4</sup> Quelle:

[http://www.statistik.at/web\\_de/statistiken/wirtschaft/volkswirtschaftliche\\_gesamtrechnungen/bruttoinlandsprodukt\\_und\\_hauptaggregate/jahresdaten/index.html](http://www.statistik.at/web_de/statistiken/wirtschaft/volkswirtschaftliche_gesamtrechnungen/bruttoinlandsprodukt_und_hauptaggregate/jahresdaten/index.html)

<sup>5</sup> Quelle :

[http://www.statistik.at/web\\_de/statistiken/menschen\\_und\\_gesellschaft/soziales/sozialeleistungen\\_auf\\_landesebene/bedarfsorientierte\\_mindestsicherung/index.html](http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/soziales/sozialeleistungen_auf_landesebene/bedarfsorientierte_mindestsicherung/index.html)

BGE soll allen Menschen die Möglichkeit eröffnen, ihre oder seine Arbeit nicht oder nicht ausschließlich nach den Zwängen des Arbeits- oder Warenmarktes auszurichten, sondern zumindest teilweise selbstbestimmt auszuüben. Das BGE verwirklicht zumindest in Ansätzen jene von Marx anvisierte Selbstbestimmung im Arbeitsprozess. Das BGE hindert zudem auch niemanden an einer möglichen Karriere im Berufsleben, im Gegenteil.

*Kann die Linke tatsächlich darauf verzichten Arbeitsplätze einzuklagen und stattdessen nur das BGE zu fordern?*

Erstmals sollten wir immer festhalten, dass unser Ziel letztlich nur die Überwindung der Lohnarbeit sein kann. Oder, um es mit Marx zu sagen: „Statt des konservativen Mottos: *Ein gerechter Tagelohn für ein gerechtes Tagewerk*, sollte sie [die ArbeiterInnenbewegung K.R.] auf ihr Banner die revolutionäre Losung schreiben: *Nieder mit dem Lohnsystem*.“<sup>6</sup> Zudem: das BGE kann durchaus Arbeitsplätze schaffen. Genossenschaften, Kooperationen und selbstverwaltete Betriebe werden massiv dadurch gefördert, dass alle Beteiligten auf einem ökonomischen Sicherheitsnetz aufbauen können. Diese Förderung von Arbeitsplätzen „von unten“ unterscheidet sich bedeutend von der üblichen Förderung „von oben“. Die VertreterInnen des Kapitals sagen es in der Regel ganz offen mit erpresserischem Unterton: Wenn wir Arbeitsplätze schaffen sollen, dann müsst ihr unsere Bedingungen akzeptieren. Gefordert werden Subventionen durch die öffentliche Hand, weitere Steuersenkungen auf Gewinne und Kapitalerträge und gesetzliche Sonderregelungen, die arbeitsrechtliche und ökologische Auflagen aushebeln. Die aktuelle Politik des AMS geht exakt in diese Richtung: befristete Subventionen von Arbeitsplätzen werden vorgenommen, selbstredend über die Köpfe der Erwerbsarbeitslosen hinweg. Anstatt dem Kapital Freibriefe auszustellen unterstützt das BGE die Werk tätigen selbst.

*Kann nicht auch das Kapital vom BGE profitieren, indem es niedrige Löhne zahlen kann?*

Natürlich kann es das. Aber wenn es ein BGE gibt, muss das Kapital schon etwas bieten, damit fallweise geringere Entlohnung akzeptiert wird. Mobbing, Demütigungen und Schikanen am Arbeitsplatz wird es in diesem Ausmaß wie heute kaum mehr geben können. Diese Problematik darf keinesfalls unterschätzt werden. Auch ökonomisch profitieren die Massen in jedem Fall vom BGE. In allen mit Österreich vergleichbaren Ländern ist in den letzten Jahren die Lohnquote gesunken, das heißt, der Anteil der Löhne am gesamtgesellschaftlichen Erwerbseinkommen sinkt.<sup>7</sup> Durch die bedeutenden finanziellen Mittel die ein BGE benötigt, wird dieser Trend wieder umgedreht, es kommt zu einem Transfer aus den Kapitalgewinnen in die Taschen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung.

*Die Einführung eines BGE erfordert offenbar eine starke soziale und emanzipatorische Bewegung. Wenn es eine solche gäbe, warum den Umweg über das BGE machen, warum nicht gleich den Sozialismus anstreben?*

Und wie? Die üblichen ökonomischen Forderungen der Linken überschreiten die kapitalistischen Verhältnisse keineswegs. Sowohl Lohnerhöhungen, Mindestlöhne oder die Arbeitszeitverkürzung lassen die Verhältnisse letztlich so, wie sie sind, auch wenn sie konkret anzustrebende Verbesserungen bedeuten. Das BGE hingegen greift die Grundinstitution des Kapitalismus selbst an, nämlich den Zwang zur Lohnarbeit. Das BGE ist auch in einer sozialistischen Gesellschaft notwendig. Marx sprach in seiner Kritik des Gothaer Programms von einer ersten Phase des Sozialismus, von einer Gesellschaft, die „ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt.“<sup>8</sup> Das Prinzip „Jeder nach seinen Fähigkeiten [tätig sein K.R.], jeder nach seinen Bedürfnissen [konsumieren K.R.]“ sei noch

<sup>6</sup> Karl Marx, „Lohn, Preis und Profit“, in: Marx-Engels-Werke Band 16, Seite 152

<sup>7</sup> Laut einer Berechnung des österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung sank die Lohnquote von 75% im Jahre 1988 auf etwa 67% im Jahre 2011. Quelle: [http://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person\\_dokument/person\\_dokument.jart?publikationsid=45798&mime\\_type=application/pdf](http://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=45798&mime_type=application/pdf)

<sup>8</sup> Karl Marx, „Kritik des Gothaer Programms“, in: Marx-Engels-Werke Band 19, Seite 20

nicht zu verwirklichen. Also müsse es eine Regelung geben, die Arbeitsleitung mit Konsum verbindet. Marx denkt da an Stundenzettel, die für geleistete Arbeit ausgegeben werden und den Konsum regeln. Gegen dieses Prinzip können viele Einwände vorgebracht werden, insbesondere aus feministischer Sicht, wie etwa die Hausarbeit messen? Und wer bestimmt, was als Arbeit gilt, und was nicht? Das Grundeinkommen in maximaler Höhe ist wahrscheinlich das bessere Prinzip.

*Angenommen, es gäbe das BGE. Kann dieses durch Inflation, hohe Mieten nicht wieder unterlaufen werden? Und was wäre, wenn die Krankenversicherung völlig abgeschafft oder unerschwinglich wäre? Was hilft da ein BGE, wenn die Mehrheit keine notwendigen Operationen bezahlen kann?*

Die in der Frage angesprochenen Bedenken sind durchaus berechtigt auch wenn zu ergänzen ist, dass Preise nicht völlig willkürlich erhöht werden können, so wir an der Marxschen Werttheorie festhalten. Mit der Einführung des BGE ist der Klassenkampf ja nicht beendet. Aber er kann von einer Basis aus geführt werden, die den Menschen es ermöglicht, ihre Würde zu bewahren und jederzeit „Nein“ zu sagen. Das BGE würde einen bedeutenden Etappensieg bedeuten, aber keine Garantie für die Zukunft.

Im Übrigen existiert keine einzige Forderung, die von den herrschenden Klassen nicht zu ihren Gunsten umgedreht und verfälscht werden kann. Daher betreffen viele Einwände, die gegen das BGE vorgebracht werden jede Forderung und jedes emanzipatorische Konzept.

*Das BGE soll offenbar die Tür zum Sozialismus öffnen. Wie ist das gedacht?*

Es existiert in der Linken immer noch eine sehr fatale Logik, nach dem Forderungen wie nach dem Grundeinkommen im Kapitalismus unmöglich, im Sozialismus unnötig wären. Es stimmt weder das eine, noch das andere. Wer vom Gegensatz unmöglich/unmöglich ausgeht unterstellt einen Tag X, nach dem alles anders sein soll. Diesen Tag X kann es nicht geben und hat es auch nie gegeben. Wohl kann die politische Macht sich sehr rasch ändern, Regierungen und Regime können von einem Tag auf den anderen gestützt werden und andere politische Kräfte nehmen ihnen Platz ein. Aber die Veränderung der sozialen und ökonomischen Verhältnisse kann nicht im Monatstakt erfolgen. Die Überwindung der Lohnarbeit oder gar des Geldes erfordert einen schwierigen Übergangsprozess. Unsere diesbezüglichen historischen Erfahrungen lassen es keinesfalls zu, einen Masterplan aus der Tasche zu ziehen und zu sagen: so geht's.

*Da die Einführung BGE zweifellos schwierig ist und ein politisches Kräfteverhältnis erfordert, welches gegenwärtig nicht im nötigen Ausmaß gegeben ist, welche Bedeutung kommt dieser Forderung dann heute zu?*

Es ist die Perspektive der Bedingungslosigkeit, die uns bei vielen einzelnen Forderungen den Weg weist. So wäre etwa eine obligatorische Rente ab 60 Jahren zu fordern. Oder für fünf Jahre Bildungsgeld, ohne weitere Bedingungen. Oder, um eine Forderung der Erwerbsarbeitslosenbewegung aufzugreifen, keine verpflichtende AMS-Schulungen mehr und keine Zwangszuweisungen zu den sogenannten sozialökonomischen Betrieben. Das sind nur einige Beispiele, viele andere drängen sich auf. Es muss also schon heute darum gehen, immer wieder gegen Bedingungen und Beschränkungen zu argumentieren, und dafür, den BeziehInnenkreis möglichst auszuweiten. Sozialtransfers dienen gegenwärtig der sozialen Kontrolle und Disziplinierung. Daher auch die Polemik herrschender Kreise gegen das Gießkannenprinzip. Das BGE weist hingegen exakt in diese Richtung: egalitäre Verteilung des gesellschaftlich produzierten Reichtums, das ist letztlich die Perspektive. Zwischenschritte auf dem Weg zum BGE sind möglich und sinnvoll. Vergessen wir nicht, dass aktuell Transferleistungen, die die in Richtung BGE ausgebaut werden können, von neoliberalen Kräften abgeschafft werden möchten. Der kostenlose Besuch der Universitäten ist den Konservativen schon lange ein Dorn im Auge, ebenso Studienbeihilfen, die bei Erreichen bestimmter Prüfungserfolge nicht zurückgezahlt werden müssen. Oder denken wir an das Rentensystem, oder an die Familienbeihilfe. Diesen Angriffen bloß ein „Nein zu“ oder ein „Hände weg“ entgegenzuhalten ist doch sehr passiv. Mit der Perspektive auf das BGE können wir in die Offensive gehen.